



## Niederschrift

### 57. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Mittwoch, 11.10.2006
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:47 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Stadthaus, R. 280 a

---

#### Anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann r	SPD	
Herr Dr. Gunold, Klaus-Uwe	DIE LINKE. PDS	
Frau Müller, Birgit	DIE LINKE. PDS	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE. PDS	
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE. PDS	
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE. PDS	
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	
Herr Mühlberg, Andreas	SPD	
Herr Schubert, Mike	SPD	ab 17:05 Uhr
Herr Heinzl, Horst	CDU	
Herr Näder, Volkmar	CDU	bis 18:30 Uhr
Frau Paulsen, Bettina	CDU	
Herr Schüler, Peter	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Bankwitz, Ute	BürgerBündnis/FDP	ab 17:10 Uhr
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	
Herr Grünberg, Kai	Die Andere	

#### Nicht anwesend sind:

Herr Bretz, Steeven	CDU	entschuldigt
Frau Grimm, Ute	Die Andere	entschuldigt

#### Gäste:

Herr Exner, GB 1  
Frau Fischer, GB 2  
Frau E. Müller, GB 3  
Frau Dr. von Kuick-Frenz, GB 4  
Herr Althenhöner, Themata  
Herr Bewer und Herr Becker vom Behindertenbeirat Potsdam  
Herr Erker, Behindertenbeauftragter der Stadt Potsdam  
Frau Dr. Sommer, Bereich Marketing und Kommunikation  
Herr Heise, Zentrale Steuerungsunterstützung  
Frau Remann, KIS  
Herr Jankowski, Bereich Haushalt und KLAR  
Herr Lehmann, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege  
Frau Ziegenbein, Schriftführerin

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 20. September 2006
- 2 Projekt 'Stolpersteine in Potsdam'  
gemäß Vorlage: 05/SVV/0952  
aus HA 08.03.2006
- 3 Experimentierklausel  
Vorlage: 06/SVV/0699  
Fraktion DIE LINKE. PDS
- 4 Änderungen des Gesellschaftsvertrages der Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH  
Vorlage: 06/SVV/0742  
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Power Point-Präsentation 'Stadt der Wissenschaft'  
Oberbürgermeister, Bereich Marketing
- 5.2 Analyse des Einsatzes öffentlicher Mittel  
Vorlage: 06/SVV/0679  
Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege  
- mit Austauschblättern Seiten 8 und 9 (als TISCHVORLAGE am 30.08.06 ausgereicht) –
- 5.3 Information zur behindertengerechte Ausstattung des Hans-Otto-Theaters  
aus HA 20.09.2006
- 5.4 Sitz der Stiftung Denkmalpflege - Baukultur
- 5.5 Bericht über die Beratung des Oberbürgermeisters mit den Ortsbürgermeistern
- 5.6 Statistik bzgl. Akteneinsicht
- 6 Sonstiges

### **Nicht öffentlicher Teil**

- 7 Bestätigung der nicht öffentlichen Tagesordnung sowie Bestätigung des nicht öffentlichen Protokolls der Sitzung vom 20. September 2006

- 8 Vergabe von Aufträgen  
hier: OT Golm, Eisenbahnüberführung Wissenschaftspark  
Vorlage: 06/SVV/0808  
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
- 9 Mitteilungen der Verwaltung
- 10 Sonstiges

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

**zu 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 20. September 2006**

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest (zu Beginn der Sitzung sind 14 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend).

Zur Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister vor, den Punkt 2 auf eine der nächsten Sitzungen des Hauptausschusses zu vertagen, da Frau Marok von der Geschichtswerkstatt Potsdam sich derzeit im Urlaub befinde. Der Bitte von Herrn Dr. Scharfenberg, die nächtliche Schließung der Freundschaftsinsel auf die Tagesordnung zu nehmen, wird mehrheitlich gefolgt, bei ein Stimmenthaltung.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Zum Protokoll des öffentlichen Teils der 56. Sitzung vom 20.09.2006 gibt es keine Hinweise oder Änderungen; das Protokoll wird mit 12 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen, bestätigt.

**zu 2 Projekt 'Stolpersteine in Potsdam'  
gemäß Vorlage: 05/SVV/0952  
aus HA 08.03.2006**

**zurückgestellt**

**zu 3 Experimentierklausel  
Vorlage: 06/SVV/0699  
Fraktion DIE LINKE. PDS**

Herr Dr. Scharfenberg bringt die Vorlage ein. Herr Exner erläutert, was der Gesetzgeber mit Bürokratieabbau gemeint habe und zitiert die im Abs. 1 des § 2 des genannten Gesetzes enthaltene Standardöffnungsklausel, in der es heißt:

„Zur Erprobung neuer Formen der Aufgabenerledigung oder des Aufgabenverzichts soll die jeweils fachlich zuständige oberste Landesbehörde im Einverneh-

men mit der Staatskanzlei die Gemeinden, Ämter, Landkreise und Zweckverbände des Landes Brandenburg auf Antrag im Einzelfall von der Anwendung landesrechtlicher

Standards befreien, soweit Bundesrecht und das Recht der Europäischen Gemeinschaften nicht entgegenstehen und die Rechte Dritter nicht berührt werden. Standards in diesem Sinne sind Vorgaben in landesrechtlichen Vorschriften (Gesetze, Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften des Landes).“

Dazu gebe es eine Arbeitsgruppe unter dem Dach des Städte- und Gemeindebundes, in der geprüft werde, wie dieses Gesetz genutzt werden könne. Darüber hinaus seien auch die Fachbereiche der Stadtverwaltung zu einer entsprechenden Prüfung beauftragt. Er meine, man solle mit den anderen Städten und Gemeinden ein gemeinsames Projekt im Rahmen der AG des Städte- und Gemeindebundes durchführen. Darüber hinaus seien andere Projekte, wie z.B. die Einführung der Doppik vorrangig zu bearbeiten. Deshalb empfehle er die Umwandlung des Antrages in einen Prüfauftrag mit einem Zwischenbericht im März 2007. Der Bericht solle die Frage beantworten, ob und in welchen Fällen es sich lohne, einen Antrag an das Land zu stellen. Der Oberbürgermeister unterstützt diese Empfehlung von Herrn Exner und betont ebenso die Vorrangigkeit z.B. des Doppikprojektes, bei dem Potsdam eine Vorreiterrolle inne habe. Im Falle des Bürokratieabbaugesetzes könnten sich andere Kommunen mit der Thematik befassen und die ersten Schritte gehen, von denen dann Potsdam profitiere. Er bittet um Verständnis dafür, dass die Stadt hier nicht an vorderster Front stehe, was aber nicht heiße, dass diesbezüglich „nichts gemacht werde“.

Herr Schüler meint, der Antrag sei widersprüchlich, weil er die Verwaltung beschäftige und damit Bürokratie erzeuge. Eine „Rundum-Prüfung“ sei zu aufwändig und deshalb auf den Einzelfall zu beschränken. Herr Dr. Scharfenberg entgegnet darauf, dass der Druck zum Bürokratieabbau von den Kommunen gekommen sei und er die Denkweise, die Projekte nacheinander abarbeiten zu wollen, nicht verstehen könne. Er meine, der Städte- und Gemeindebund sei an einem zügigen Handeln interessiert und dafür müsse sich auch die Stadt einbringen. Er folge dem Vorschlag, im März 2007 einen Zwischenbericht zu geben; den Antrag in einen Prüfauftrag umzuwandeln, könne er nicht folgen – es sollten schon konkrete Vorschläge sein.

Der Oberbürgermeister bekräftigt seine Ausführungen, dass die Verwaltung daran ja konkret arbeite und mit anderen Kommunen im Erfahrungsaustausch stehe. Dies sei aber eine zusätzliche Aufgabe, mit der sich die Verwaltung auseinandersetzen müsse, denn hier seien auch „Querverbindungen“ zu prüfen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, der Stadtverordnetenversammlung konkrete Vorschläge zur Inanspruchnahme der mit dem 1. Bürokratieabbaugesetz eingeräumten Experimentierklausel vorzulegen.

Dazu ist der Stadtverordnetenversammlung im März 2007 ein Zwischenbericht zu geben.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	14
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

**zu 4      Änderungen des Gesellschaftsvertrages der Klinikum Ernst von Bergmann  
gGmbH**

**Vorlage: 06/SVV/0742**

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

Herr Exner erläutert die beiliegenden Änderungen, die im Ergebnis abschließender Abstimmungen mit dem Ministerium des Innern der StVV zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Änderungen des Gesellschaftsvertrages der Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH entsprechend Anlage

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:            15

Ablehnung:              0

Stimmenthaltung:     1

**zu 5      Mitteilungen der Verwaltung**

**neu      Freundschaftsinsel**

Herr Dr. Scharfenberg verweist auf die Pressemeldungen, in denen das Regime zur Sicherung der Freundschaftsinsel konkret dargestellt wurde. Mit der vorgeschlagenen Schließung von 16:00 Uhr – 08:00 Uhr sei die Freundschaftsinsel nur noch 8 Stunden zugänglich, was er für bedenklich halte. Er beantrage eine auf ein Minimum beschränkte Schließung in der Zeit von 20:00 Uhr bis 06:00 Uhr. Er meine, man solle die allgemeine Nutzbarkeit mit der Sicherung der Freundschaftsinsel ins Verhältnis setzen.

Frau Dr. von Kuick-Frenz verweist in Ihren Ausführungen auf die mehrmalige Behandlung der Thematik Vandalismus auf der Freundschaftsinsel in den verschiedenen Gremien, im Hauptausschuss letztmalig am 20.09.2006. Einigkeit herrsche in der Auffassung, dass den Beschädigungen, die bei Einbruch der Dunkelheit vorgenommen werden, nicht tatenlos zugesehen und dem Vandalismus nur durch eine Schließung Einhalt geboten werden könne. Deshalb habe die Verwaltung die Schließzeiten von 16:00 – 08:00 Uhr vorgeschlagen. Herr Schubert betont, dass man sich darin einig gewesen sei, dass die Insel geschützt werden müsse. Eine bequeme Alternative werde es nicht geben. Allerdings sollte man sich hier an die Schließzeiten z.B. der Schlösserstiftung anlehnen und 16:00 Uhr nicht pragmatisch betrachten.

Frau Bankwitz meint, die Randalierer seien nicht zwischen 16:00 – 20:00 Uhr und auch nicht zwischen 06:00 – 08:00 Uhr aktiv. Von den vorgeschlagenen Schließzeiten seien die Werk tätigen betroffen und das könne nicht Anliegen für die Nutzung einer kommunalen Anlage sein. Deshalb werde sie die Maßnahme so nicht unterstützen. Herr Näder begrüßt die vorgeschlagenen Maßnahmen und deren Erprobung über mehrere Monate. Da er in der Nähe wohne, sehe er jeden Tag die Hinterlassenschaften der vergangenen Nächte. Allerdings meine er, dass die „wirkliche Zeit der Randalierer“ die Sommermonate seien und deshalb für die Wintermonate moderate Öffnungszeiten gefunden werden sollten. Im Weiteren

sollte der Durchsetzung der Stadtordnung mehr Nachdruck verliehen werden und das auch an anderen Orten, wie z.B. auf dem Platz der Einheit.

Herr Gohlke spricht sich ebenfalls gegen die von der Verwaltung vorgeschlagenen Zeiten aus und meint, dass Vandalismus dort entstehe, wo sich Menschen unbeobachtet fühlen und Taten unentdeckt bleiben. Deshalb sollten die Öffnungszeiten dem Besucherverkehr angepasst werden.

Die Nachfrage von Herrn Dr. Gunold, ob die Gaststätte und der Spielplatz ebenfalls von den Schließzeiten betroffen sind und das abgestimmt wurde, bejaht Frau Dr. von Kuick-Frenz.

Die Anregungen aus dem Hauptausschuss, so der Oberbürgermeister, werde die Verwaltung aufnehmen und man werde die Insel von 06:00 – 20:00 Uhr öffnen und von 20:00 – 06:00 Uhr schließen. Frau Dr. von Kuick-Frenz schlägt weiterhin vor, das vorgesehene feste Tor durch einen provisorischen Bauzaun zu ersetzen und einen Bericht zu den Effekten der Schließung im März/April des nächsten Jahres zu geben. Der Oberbürgermeister ergänzt, dass es ebenso einen Zwischenbericht geben solle und wenn der Vandalismus nachlasse, die Öffnungs- und Schließzeiten überdacht werden.

#### **zu 5.1 Power Point-Präsentation 'Stadt der Wissenschaft'**

Oberbürgermeister, Bereich Marketing

Der Oberbürgermeister informiert eingangs über die breite Einbeziehung des Vereins pro Wissenschaft und der wissenschaftlichen Einrichtungen sowie Einrichtungen aus Wirtschaft, Kultur und Tourismus in die Konzeptentwicklung der Bewerbung. Daraus resultierend seien zahlreiche Vorschläge eingegangen, die in der Bewerbung Berücksichtigung finden werden. Eine erfolgreiche Bewerbung funktioniere nur, so der Oberbürgermeister, wenn es einen breiten gesellschaftlichen Konsens gebe sowie eine möglichst breite Zustimmung in der Bevölkerung. Die Bewerbungsschrift müsse bis zum 31.10.2006 fertig gestellt sein und dem Stiftungsverband vorliegen. Im Januar 2007 werde die Jurysitzung stattfinden und die Auswahl der 3 - 4 Finalisten erfolgen. Diese erhalten im Frühjahr 2007 in Braunschweig (Stadt der Wissenschaft 2007) die Möglichkeit der Präsentation. Hier werde auch die Entscheidung für die Stadt der Wissenschaft 2008 bekannt gegeben.

Anschließend erläutert Herr Altenhöner im Rahmen in einer Power-Point-Präsentation das Umfeld und den Rahmen des Wettbewerbs sowie die Ziele, die damit erreicht werden sollen. In einer Rückschau auf die bisherigen Wettbewerbe stellt er dar, was positiv und was kritisch in den Bewerbungen bewertet wurde. Aus diesen Erfahrungen sei ein Rahmen für die neue Bewerbung der Landeshauptstadt „gebastelt“ worden. Die neue Bewerbung stehe unter dem Motto „Wellen, Wetter, Wunder – Abenteuer Wissenschaft 2008“. Ausgangspunkt seien die bisherigen Erfahrungen und Aktivitäten Potsdams, die durch Herrn Altenhöner erläutert werden. So erfolge eine strategische Einbindung mit dem INSEK und dem Leitbild und es gebe strategische Ziele über das Jahr 2008 hinaus. Im Weiteren werden die Leitideen und die darunter gebündelten Maßnahmen erläutert sowie Maßnahmen der Kooperation und Kommunikation, einschließlich der Kosten.

Anschließend fordert der Oberbürgermeister die Mitglieder des Hauptausschusses zur Meinungsbildung auf und schlägt vor, andere Akzentuierungen oder Ergänzungen in die weitere Bearbeitung der Bewerbungsschrift aufzunehmen. Wichtig sei ein Signal seitens des politischen Raums, ob sich auf Grundlage der dargelegten Ideen und Maßnahmen eine Bewerbung lohne. Wenn die Bewerbungsschrift fertig sei, werde sie den Stadtverordneten vorgelegt.

Frau Bankwitz betont, sie freue sich über den qualitativen Sprung der Bewerbung und hoffe, Potsdam werde gewinnen. Sie empfiehlt, die Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft stärker herauszuarbeiten und z.B. zum Tag der Bauwirtschaft auch Vertreter der Wissenschaft mit einzuladen. Der beschriebene Rahmen biete auch eine gute Gelegenheit für eine stärkere Einbeziehung des Exploratoriums und einen städtischen Zuschuss für dessen weitere Förderung.

Der Oberbürgermeister antwortet darauf, dass es für die enge Verknüpfung von Wissenschaft und Wirtschaft zahlreiche Vorschläge gebe, die Herr Altenhöner noch nicht genannt habe. Darüber hinaus soll es jährlich einen Tag der Wissenschaft in Potsdam geben. Veranstalter werde die Akademie der Wissenschaften sein. Aus diesem Anlass werde Potsdam einen Nachwuchswissenschaftspreis verleihen.

Frau Dr. Schröter meint, dass sich vieles „spannend“ anhöre und motiviere. Sie schlägt vor, die Frage näher zu beleuchten, wie das Potenzial der ca. 20.000 Studierenden in Potsdam stärker zum Ausdruck gebracht werden könne, wie die Studierenden stärker involviert werden und sich nach außen präsentieren können. Sie fragt nach, ob es das Projekt „Denkhaus“ in der angedachten Form noch gebe und empfiehlt, weitere Landesmittel einzuwerben.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass man sich mit dem Land bezüglich der finanziellen Unterstützung noch verständigen werde, aber nicht von vornherein darauf setze. Um die Wissenschaft auch in der Innenstadt präsent werden zu lassen, habe man die Räume des ehemaligen „Intersports“ vorgesehen. Auch die Stadt- und Landesbibliothek spiele als „Wissensspeicher“ eine entscheidende Rolle. Insofern gebe es das Projekt nicht in der ursprünglichen Form, sondern anders räumlich strukturiert. Bezug nehmend auf die Anzahl der Studierenden merkt der OBM an, dass nur 50 % davon in Potsdam leben, die anderen in Berlin. Deshalb gebe es die in der Präsentation genannten Aktionen. Darüber hinaus seien die Studenten bei bestimmten Projekten auch selbst Akteure.

Herr Näder empfiehlt eine stärkere Einbeziehung der Bevölkerung, auch des Teils, der nicht englisch spreche. Für die vielen englischen Begrifflichkeiten in der Bewerbungsschrift sollten Worte gefunden werden, die jeder versteht. Das Projekt empfinde er als sehr engagiert. Dem schließt sich Frau Paulsen an und fragt nach, ob die Bundesbahn bereits angesprochen worden sei, um auf den Bahnhöfen auf das Projekt aufmerksam zu machen. Sie meine, damit müsse früh angefangen werden, denn wie man beim Wegeleitsystem bzgl. der Schiffbauergasse sehe, brauchen manche Dinge viel Zeit. Herr Heinzl betont, er sei von dem Konzept „fast restlos begeistert“. Er hoffe, man habe die „Schnittstelle zur Bevölkerung gefunden“, denn er wisse aus eigenen Erfahrungen in Golm, dass das schwierig und allein mit Geld nicht zu machen sei.

## **zu 5.2 Analyse des Einsatzes öffentlicher Mittel**

### **Vorlage: 06/SVV/0679**

Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

- mit Austauschblättern Seiten 8 und 9 (als TISCHVORLAGE am 30.08.06 ausgereicht) –

Frau Dr. von Kuick-Frenz bringt die Vorlage ein, mit der erstmals eine Übersicht über die in Potsdam verwendeten Fördermittel vorgelegt wurde und die die Effekte der Förderprogramme zum Ausdruck bringe.

Im Ergebnis der Betrachtung dieses langen Zeitraums der Förderung komme man zu dem Ergebnis, so Herr Dr. Scharfenberg, dass für die Altbaugebiete 150

Millionen Euro und für die Neubaugebiete 34 Millionen Euro an Fördermitteln verwendet wurden. Er meine, man müsse zukünftig die Bedarfe in beiden Gebieten feststellen, um den Einsatz öffentlicher Mittel beleuchten zu können. Aus der Analyse gehe nicht hervor, wie zukünftig städtische Eigenmittel mit hoher Sicherheit bereitgestellt werden können.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass die Aufgabenstellung, die der Mitteilungsvorlage zu Grunde gelegen habe, darin bestand, die Fördermittel der letzten Jahre und deren Relationen darzustellen. Sicher werden seitens der Stadt die zukünftigen Bedarfe ermittelt und das, was davon finanzierbar ist, dargestellt. Die Entscheidung obliege jedoch der StVV selbst. Die inhaltlichen Schwerpunkte können man sicher aus den Diskussionen ableiten, was aber keine Garantie für eine Finanzierung sei. Frau Dr. von Kuick-Frenz verweist auf die positive Bewertung der Mitteilungsvorlage im Ausschuss Stadtplanung und Bauen und darauf, dass mit dem INSEK die zukünftigen Bedarfe ermittelt werden. Dabei habe nach wie vor das Wohnen einen hohen Stellenwert, was aber nicht in erster Linie die Gebäude, sondern das Umfeld betreffe.

Herr Mühlberg meint, dass die Investitionstätigkeit mit den Fördermitteln stehe und falle. Im Land Brandenburg sei mit der Förderung der Neubaugebiete erst sehr spät begonnen worden, woraus sich u.a. auch die von Herrn Dr. Scharfenberg genannte Differenz ergebe. Trotzdem gebe es eindrucksvolle Beispiele der Sanierung von Neubaugebieten, wie z.B. im Zentrum Ost. Hauptziel müsse auch zukünftig sein, mit wenig Eigenanteil viel Fördermittel zu aquirieren und dabei nicht nur das Wohnen, sondern auch das Wohnumfeld im Blick zu haben. Für Herrn Dr. Scharfenberg stelle sich die Frage, wie man mit der Analyse umgehe und ob daraus etwas abgeleitet werde. Sie sollte Arbeitsinstrument werden und auch in den Beiräten vorgestellt werden. Die Vorstellung in den Beiräten wird von Frau Dr. von Kuick-Frenz zugesagt.

### **zu 5.3 Information zur behindertengerechte Ausstattung des Hans-Otto-Theaters** aus HA 20.09.2006

Dazu liegt den Mitgliedern des Hauptausschusses eine schriftliche Stellungnahme zu den Mängeln im Hans-Otto-Theater vor.

Frau Remann, Werkleiterin des Kis, führt dazu aus, dass eine Mängelbeseitigung nach Bauabnahme normal sei. Dazu gehöre die Beseitigung der Gewährleistungsmängel, die für den Bauherren kostenfrei sei, zu denen es ein entsprechendes Prozedere gebe und eine laufende Kontrolle. Hierzu gehöre u.a. die Arretierung der Stühle. Anders verhalte es sich mit dem behindertengerechten WC, weil es sich hierbei um einen Planungsmangel handele, der insofern schwerer zu beheben sei. Dazu gab es bereits mehrere Gespräche und man habe nunmehr eine mit dem Behindertenbeauftragten der Stadt und dem Behindertenbeirat abgestimmte Kompromisslösung gefunden. Durch den Einbau einer anderen Tür werde der Bewegungsraum erhöht und die Erreichbarkeit verbessert. Jetzt könne mit der Planung begonnen werden; zu realisieren sei der Umbau innerhalb von 5 Tagen; allerdings sei das Theater in dieser Zeit nicht bespielbar. Frau Remann betont, dass es sich hierbei um einen sehr bedauerlichen Mangel handele, für dessen Beseitigung jetzt alle Kräfte gebündelt werden.

Bezüglich des Mangels an Akustik sei aus ihrer Sicht eine Justierung in der jetzigen Betriebsphase notwendig. Derartige Akustikprobleme seien nicht unüblich und treten auch in anderen Häusern ähnlich auf. Dort werde dies zumindest in der Probezeit akzeptiert. Die multifunktionale Nutzung des Hans-Otto-Theaters und die Bestuhlung mit Stapelstühlen, die anders gepolstert seien als massive

Theatersessel, hätten hierbei erhebliche Auswirkungen.

Leider habe das Theater, abweichend von dem im Modellversuch entwickelten Akustikkonzept, eigene auf akustischem Allgemeinwissen basierende Eingriffe in die komplexe Raumstruktur vorgenommen.

In der sich anschließenden Diskussion fragt Frau Paulsen, ab wann die Akustikfachleute hinzugezogen wurden. Sie meine, das früher auf dieses grundsätzliche Problem hätte reagiert werden müssen. Den Zustand bezüglich des Behinderten-WC empfinde sie als unhaltbar und fragt nach den dafür Verantwortlichen. Frau Remann antwortet darauf, dass die Fachleute von Anfang an hinzugezogen wurden. Allerdings bedarf es gewisser Erfahrungswerte in dem speziellen Objekt und auch hier müssen beide Seiten voneinander lernen. Dies sei jedoch nicht ungewöhnlich und durch eine Nachjustierung zu beheben. Bezüglich der Toilette sei die Planung durch die LEG erfolgt.

Frau Dr. Müller fragt nach, ob die Planer auch eine Gewährleistung hätten, denn die Maße einer Behindertentoilette sind gesetzlich vorgeschrieben und nichts Ungewöhnliches. Frau Remann betont, dass auch daran gearbeitet werde, die Mängelverursacher festzustellen und die Kosten zu klären. Man müsse sehen, „was sich da gegenseitig aufrechnet“. Man arbeite mit Hochdruck an diesen Dingen und versuche, die Kosten so niedrig wie möglich zu halten.

Frau Bankwitz äußert ihr Unverständnis zu den Akustikproblemen, da das Haus von Anfang an als multifunktionales geplant gewesen sei. Glas und Sichtbeton seien nun mal schwierige Materialien, das habe man vorher gewusst. Diese Probleme seien bedauerlich, auch wenn man jetzt damit leben müsse.

Der Oberbürgermeister unterstreicht die Aussage von Frau Remann, dass diese Akustikprobleme nicht ungewöhnlich für einen derartigen Bau seien. Dies sei ihm mehrfach bestätigt worden und z.B. auch im Leipziger Gewandhaus so aufgetreten. Man solle das Gesamtvorhaben aber trotz der noch vorhandenen Mängel nicht schlechtreden. Dies ergänzt Frau Remann und merkt an, dass die Akustik in solchen Räumen schwer nachzuvollziehen sei. Sie widerspricht der Aussage, Glas und Beton seien schwierige Materialien, weil es entsprechende Maßnahmen dafür gebe, die hier auch zum Tragen gekommen seien, z.B. die geometrische Anordnung der entsprechenden Bauelemente.

Herr Dr. Scharfenberg meint, man müsse mit der notwendigen Sensibilität an der Beseitigung der Problemen arbeiten. Die Frage sei, ob das an den dafür aufzubringenden Finanzen scheitere. Wichtig sei jedoch eine zügige und zeitnahe Abarbeitung.

#### **zu 5.4 Sitz der Stiftung Denkmalpflege - Baukultur**

Frau Dr. von Kuick-Frenz merkt dazu an, dass der Tagesordnungspunkt richtig „Sitz der Stiftung Baukultur“ lauten müsse. Sie informiert im Weiteren, dass die am 22. Juni 2006 eingereichte Bewerbung um den Sitz der Bundesstiftung Baukultur auch vom Land Brandenburg und Berlin mit befürwortet werde.

Rund 500 T€ Förderung stelle das Land für die Unterstützung des als Stiftungssitz vorgesehenen Gebäudes in der Schiffbauergasse und die notwendige Sanierung auf Grundlage eines Architektenwettbewerbs bereit.

Dafür seien im kommenden Jahr ca. 335 T€ an Landesmitteln aus der Städtebauförderung geplant.

Für die Finanzierung des 1. Konvent, die Finanzierung einer Personalstelle und Mietsubvention in den ersten 3 Jahren sowie dem Kommunalen Miteleistungsanteil zur Städtebauförderung sind 2007 insgesamt 362 T€ aus Hauptstadtmitteln vorgesehen.

Frau Dr. Schröter meint, dass bisher der Eindruck entstanden sei, es handle sich um ein „Null-Summen-Spiel“. Die aus den Hauptstadtmitteln bereitgestellten Gelder fehlen nun anderen Kulturträgern. Das Anliegen sei „toll, aber man sei anders gestartet“. Dem entgegnet der Oberbürgermeister, dass die Hauptstadtmittel nicht nur für die Kultur da seien, sondern auch für Bildung, Sport und Marketing. In der nächsten Sitzung des Hauptausschusses werde eine entsprechende Mitteilungsvorlage zur Verteilung der Mittel vorgelegt. Den Sitz der Stiftung Baukultur in Potsdam anzusiedeln, sei eine einmalige Chance und das Interesse anderer Städte sei sehr groß. Er glaube, die Aufteilung der aufzubringenden Mittel zwischen Stadt und Land sei fair. Frau Bankwitz meint, sie sei hin und her gerissen und hoffe, dass die Mitteilungsvorlage zur Verteilung der Hauptstadtmittel noch Handlungsspielraum für die Stadtverordneten lasse und nicht nur die Vorschläge der Verwaltung zur Kenntnis gegeben werden. Sie fragt nach den Mietzahlungen, der Anzahl der beschäftigten Mitarbeiter und wie viel Quadratmeter bereitgestellt werden. Sitz der Stiftung Baukultur, so Frau Dr. von Kuick-Frenz, werde das ehemalige Gebäude der Intendanz des Hans-Otto-Theaters sein, mit ca. 350 m<sup>2</sup>. Auf die Nachfrage von Frau B. Müller, ob denn Potsdam den Zuschlag bereits erhalten habe, antwortet der Oberbürgermeister, dass der Bund noch in der Phase der Entscheidungsfindung sei. Die Vorbereitung müsse aber so laufen, als ob der Zuschlag bereits erteilt wäre. Herr Dr. Scharfenberg merkt kritisch an, dass die Verwaltung von Anfang an die Folgen hätte deutlich machen müssen. Bezüglich der Nachfrage von Frau Dr. Schröter, warum Potsdam ein so komfortables Angebot mache, verweist der Oberbürgermeister auf die große Konkurrenz anderer Städte und darauf, dass Potsdam bei weitem nicht das finanziell höchste Angebot abgegeben habe.

#### **zu 5.5 Bericht über die Beratung des Oberbürgermeisters mit den Ortsbürgermeistern**

Der Oberbürgermeister berichtet, dass die Straßenreinigungsgebührensatzung auf Grund der neuen Kalkulation und der damit neu ausgereichten Anlagen erneut beraten werden müsse, wobei insbesondere die Frage des Winterdienstes in den neuen Ortsteilen eine Rolle spiele. Auf Nachfrage versichert Frau E. Müller, dass dadurch keine Verzögerung für die abschließende Beratung der Satzung in der StVV entstehen werde. Im Weiteren waren die Themen Vandalismus und Pflege der Grünflächen Gegenstand der Diskussion, die in der nächsten Sitzung fortgesetzt werden solle. Bezüglich der Grünflächenpflege sei die fehlende Fürsorge bemängelt worden.

#### **zu 5.6 Statistik bzgl. Akteneinsicht**

Herr Exner informiert, dass eine dem Akteneinsichts- und Informationsgesetz entsprechende Statistik in der Verwaltung geführt werde und der StVV letztmalig eine entsprechende Mitteilungsvorlage im Jahr 2000 vorgelegt wurde. Diese Berichterstattung sei wegen „offenbar nicht genügendem Interesse“ eingestellt worden. Seitens des ehemaligen Landesdatenschutzbeauftragten Herrn Dix sei die Landeshauptstadt Potsdam für ihre Statistik gelobt worden, Zitat: „Die einzige

positive Ausnahme bei der Erhebung der Zahlen mache Potsdam. Hier werde eine Statistik über die Akteneinsicht geführt. So seien von März 1998 bis September 2003 von 406 gestellten Anträgen 388 bewilligt worden....“.  
Für den Zeitraum 01.04.2005 – 31.03.2006 sei insgesamt 92 Mal Akteneinsicht genommen worden, davon im Bereich OBM – 0, Im GB 1 – 0, im GB 2 – 1, im GB 3 – 4 und im GB 4 – 87.

Herr Dr. Scharfenberg bringt seine Verwunderung über die eingestellte Berichterstattung mangels Interesse zum Ausdruck; hier gebe es einen eindeutigen Auftrag an die Verwaltung, der zu erfüllen sei. Er schlage eine jährliche Berichterstattung im Hauptausschuss dazu vor. Dies wird durch den Oberbürgermeister zugesagt.

## **zu 6      Sonstiges**

### **Blaue Tonne**

Herr Dr. Gunold fragt nach der Begründung für die Abfrage der STEP an Hausbesitzer, ob sie eine blaue Tonne besitzen oder eine bestellen wollen. Da die Abfrage schriftlich erfolge, koste sie entsprechend Geld und ihn wundere, dass es in der STEP keine Übersicht gebe, wer im Besitz dieser Tonne ist und wer nicht. Frau E. Müller sagt zu, sich sachkundig zu machen und dann zu informieren.

### **Villa Grenzenlos**

Frau B. Müller fragt nach der zukünftigen Nutzung der Villa Grenzenlos, die nach Auskunft der Verwaltung bereits für Anfang des Jahres angekündigt war. Frau Fischer verweist auf eine entsprechende Berichterstattung in den Ausschüssen für Bildung und Sport und im Ausschuss für Kultur. Die übernächste Sitzung des Ausschusses für Kultur werde in der Villa Grenzenlos stattfinden.

### **Straßenreinigungsgebührensatzung**

Herr Dr. Scharfenberg bezieht sich auf die als Tischvorlage ausgereichte „Beantwortung der mündlichen Anfrage ... aus dem Hauptausschuss am 20.09.2006 zu den veranschlagten Kosten für die Straßenreinigungsgebühren-kalkulation 2007“ und meint, dass die Frage der Transparenz nach wie vor ein großes Problem sei. Er lese aus der Darstellung ab, dass es eine Erhöhung der Gesamtkosten um 309.000 € gebe und fragt nach, wie sich diese Erhöhung auf den Einzelnen auswirke oder ob es keine Erhöhung gebe, weil mehr Bürger einbezogen werden.

Frau E. Müller verweist auf die Behandlung der o.g. Satzung im nächsten Ausschuss für Ordnung, Umweltschutz und Landwirtschaft, in dem auch diese Fragen erläutert werden. In der nächsten Sitzung des Hauptausschusses stehe dieses Thema ebenfalls auf der Tagesordnung.

### **Vespergeld Diakonie**

Herr Schüler verweist auf eine Pressemeldung vom 05.10.2006, in der unter der Überschrift „Diakonie müsse Vespergeld nicht zurückzahlen“ auf eine Entscheidung des Rechtsamtes der Stadt Bezug genommen werde. Er meine, das Rechtsamt könne diese Entscheidung nicht treffen und wenn, sei dies zumindest fragwürdig. Es könne nicht sein, dass ein rechtswidriges Handeln folgenlos bleibe und er meine, die Eltern hätten gegenüber der Diakonie schon einen Anspruch,

unrechtmäßig gezahlte Gelder zurückzuverlangen.

Der Oberbürgermeister antwortet darauf, dass dieser Artikel nicht auf einer Pressemitteilung der Landeshauptstadt beruhe und die Stadt nicht alle Artikel der Lokalpresse richtig stellen könne. Frau E. Müller ergänzt dahingehend, dass im Jugendhilfeausschuss über die Situation informiert und darauf verwiesen wurde, dass **die Stadt** keine Rechtsgrundlage für eine Rückforderung habe. Das bedeute nicht, dass die Eltern ableitend aus ihren Verträgen mit der Diakonie diese Rückforderung stellen können.

Herr Schüler betont abschließend, dass durch die Stadt derartige Meldungen nicht unkommentiert bleiben sollten.

### **Berichte der Beauftragten**

Herr Erker schlägt den Stadtverordneten vor, die Berichte der Gleichstellungsbeauftragten, des Behindertenbeauftragten und der Ausländerbeauftragten zukünftig in **einer** Mitteilungsvorlage vorzulegen und nur durch die Gleichstellungsbeauftragte einzubringen. Anschließend soll diese Mitteilungsvorlage in die Ausschüsse zur weiteren Diskussion überwiesen werden. Frau Dr. Müller spricht sich gegen diesen Vorschlag aus, da es die einzige Gelegenheit sei, mit den Beauftragten der Stadt ins Gespräch zu kommen. Ebenso votiert Frau B. Müller dagegen, da es in der StVV andere Beschlüsse dazu gebe.

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass es zu den letzten Berichten so gut wie keine Aussprache gegeben habe und der Vorschlag insofern sehr sinnvoll sei. Wenn die Stadtverordneten dem Verfahren nicht zustimmen, bleibt es bei einer mündlichen Berichterstattung und der schriftlichen Ausreichung des Berichts.